



Arbeitsmigration von Frauen **im Kontext der Globalisierung**

Anja K. Franck & Andrea Spehar



Dies sind die Zusammenfassung und die Empfehlungen des englischen Berichts

„Women’s labour migration
in the context of globalisation“

von Anja K. Franck und Andrea Spehar

Erstellt von: WIDE
Rue Hobbema 49
1000 Brüssel
Belgien
www.wide-network.org

Projektkoordination /Produktion: Barbara Specht

Herausgegeben von WIDE, War on Want und WEED e.V.

Redaktion der deutschen Fassung: Nicola Jaeger

Übersetzung: Cornelia Gritzner /
Sebastian Landsberger

Für Korrekturen und Überarbeitungen der deutschen Fassung danken wir Barbara Specht, Ursula Dulling und Daniela Honold.

Herausgeber: Weltwirtschaft, Ökologie &
Entwicklung - WEED e.V.
Eldenaer Str. 60
D-10247 Berlin
Tel.: +49 - (0)30 - 27 58 21 63
Fax: +49 - (0)30 - 27 59 69 28
weed@weed-online.org
www.weed-online.org

In Kooperation mit: Frauensolidarität,
WIDE-Netzwerk Women in
Development Europe
Österreich und
moveGLOBAL

Gestaltung: Marcel Zienert

Druck: Pegasus Druck und Verlag,
Druckerei Bunter Hund

ISBN: 978-3-937383-71-2

Berlin, 2010



Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben ausschließlich die Ansicht der Herausgeber wieder und stellen in keiner Weise die offizielle Meinung der Europäischen Union dar.

Zusammenfassung



Migration ist ein wesentlicher Bestandteil der derzeit stattfindenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Integrationsprozesse auf globaler Ebene. Kein Land der Welt ist heutzutage nicht von Migration betroffen. Die Migration in die OECD-Länder (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) erfährt besonders große Beachtung, dabei ist die Süd-Süd-Migration gleichermaßen bedeutsam, da ein großer Teil der aus Entwicklungsländern stammenden MigrantInnen (geschätzte 74 Mio., d. h. 47 %) in anderen Entwicklungsländern lebt. Weltweit gibt es schätzungsweise mehr als 210 Millionen MigrantInnen, ungefähr die Hälfte von ihnen (um die 105 Mio.) sind Frauen. Auch wenn es für Migration verschiedene Anlässe und Ursachen gibt, ist die durch enorme wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in der Welt verursachte Arbeitsmigration in diesem Kontext ein Schlüsselthema.

Der Bericht *Arbeitsmigration von Frauen im Kontext der Globalisierung* bietet eine Einführung in die wichtige aktuelle politische Analyse über den Einfluss der Globalisierung auf Arbeit, Mobilität und Empowerment von Frauen. Er verdeutlicht, dass Globalisierung die Arbeitsmigration von Frauen in großem Maße beeinflusst. Globale Veränderungen bei internationalen Handels- und Investitionstätigkeiten hatten bisher einen großen Einfluss auf die geografische Verteilung und die Mobilität von

Arbeitskräften, sowohl auf nationaler Ebene als auch zwischen den einzelnen Ländern. In den letzten Jahrzehnten konnten wir auf globaler Ebene eine immense Zunahme der internationalen Handels- und Investitionstätigkeit beobachten. Parallel dazu hat auch die internationale und Binnenmigration zugenommen. Heute sind es vor allem die großen transnationale Unternehmen (TNU), die die Produktion und den Handel von Waren, Dienstleistungen und technologischen Entwicklung auf der ganzen Welt steuern und kontrollieren. Ihr wirtschaftliches Handeln wirkt sich auf Regionen, Länder, Gemeinschaften und Einzelpersonen in fast allen Teilen der Welt aus. Fabriken werden geschlossen und an anderer Stelle oder in anderen Ländern wiedereröffnet, natürliche Ressourcen und Gemeinschaftsgüter werden privatisiert, traditionelles Wissen wird mit Patenten gesichert, die landwirtschaftliche Produktion mittels einer Orientierung auf den Export „modernisiert“ und die Arbeitskraft wird sowohl in der formellen als auch in der informellen Wirtschaft ausgebeutet.

Die verschiedenen Länder sorgen mit entsprechenden Gesetzen und Bestimmungen dafür, dass TNU weltweit reibungslos und ohne Einschränkungen

agieren können. Dies wird durch die von der Welthandelsorganisation (WTO) auf multilateraler Ebene durchgesetzte Handelsliberalisierung und durch eine wachsende Zahl bilateraler Freihandelsabkommen gefördert.

Die Europäische Union (EU) trägt in bedeutendem Maße dazu bei: mit aggressiven Maßnahmen zur Öffnung neuer Märkte mittels umfassender bilateraler Handelsabkommen und dem Bestreben, sich den Zugang zu natürlichen Ressourcen und niedrigen Produktionskosten, einschließlich billiger Arbeitskräfte, zu sichern.

Frauen – und Migrantinnen ganz besonders – sind von diesen immensen wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozessen in vielerlei Hinsicht betroffen. Die steigende Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, gekürzte Sozialleistungen, Arbeitsverlagerungen, wachsende Armut und Ungleichheit sowie Gewalt zwingen Frauen zunehmend dazu, neue Überlebensstrategien für sich selbst und für ihre Familien in anderen Ländern zu suchen.

Migrantinnen arbeiten in vielen verschiedenen Bereichen; eine Untersuchung der Binnen- und intra-regionalen Migration hat jedoch gezeigt, dass ein großer Teil von ihnen im landwirtschaftlichen und exportorientierten Sektor arbeitet. Die relativ niedrigen Löhne, die Frauen für diese Arbeit erhalten, stellen einen komparativen Kostenvorteil dar. Die Arbeitsbedingungen in diesen Sektoren sind stark von Ausbeutung geprägt; die Anstellungsverhältnisse

sind oft unsicher und nicht formell geregelt. In diesem Bericht werden die beschriebenen Trends am Beispiel des Einsatzes von Arbeitsmigrantinnen in der verarbeitenden Exportindustrie beleuchtet. Dabei wird aufgezeigt, dass die Auswahl von (jungen, flexiblen und günstigen) Frauen für die Arbeit im Exportbereich eindeutig Teil einer Strategie von Regierungen und Großunternehmen ist. Die niedrigen Löhne für Frauen und Arbeitsmigrantinnen waren in vielen Entwicklungsländern für das Wirtschaftswachstum und die exportorientierten Entwicklungsstrategien grundlegend.

Millionen Frauen sehen sich aus purer Not heraus zur Migration gezwungen, d. h. um Überleben, Gesundheit oder Sicherheit von sich oder ihrer Familie zu sichern. Andere Frauen emigrieren auf der Suche nach einem besseren Lebensstandard, Aufstiegschancen, nach größerer persönlicher Freiheit, oder um vor politischen, kulturellen oder gesellschaftlichen Zwängen zu fliehen. Gemeinsam ist vielen, dass sie eigenverantwortlich migrieren und zu Hauptversorgerinnen der Familie werden. Die Hintergründe der Migration von Frauen sind vielschichtig: Während Migration zum Großteil auf ungleiche wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen ist, bestimmen auch Faktoren wie nationalstaatliche Politiken, z.B. die Einwanderungspolitik der Empfängerländer und die Emigrationspolitik der Entsendeländer, oder Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken die Muster der Migration. Es ist zudem auch entscheidend, ob und in welcher



Form Frauen in ihrem Herkunftsland Autonomie genießen und in welchen gesellschaftlichen Lebensumständen sie leben. Ferner wird eine Zunahme der Migration aufgrund verschlechterter Umweltbedingungen erwartet.

Viele Menschen sehen Arbeitsmigration als eine Möglichkeit, Familienmitglieder im Heimatland durch die Rücküberweisung eines Teils ihres Lohns zu unterstützen. Die vorliegende Studie belegt, dass zwischen Frauen und Männern große Unterschiede in Bezug auf die Abgabe und den Erhalt von solchen Geldsendungen bestehen. Frauen fällt als Empfängerinnen und Verwalterinnen von Rücküberweisungen eine wichtige Rolle innerhalb eines Paradigmas zu, welches Rücküberweisungen als einen Weg zur Finanzierung von Entwicklung und Armutsbekämpfung in den Entsendeländern sieht. Doch selbst wenn MigrantInnen dank solcher Geldsendungen den Lebensstandard ihrer Familien verbessern können, verfügen die meisten MigrantInnen auch nach mehreren Jahren Arbeit in anderen Ländern nicht über nennenswerte Ersparnisse.

Der Beitrag von Rücküberweisungen zu einer nachhaltigen und fairen Entwicklung muss daher noch eingehender untersucht werden.

Während der Großteil der Migrantinnen gering qualifizierten Beschäftigungen nachgeht, bedeutet dies keinesfalls, dass sie „unqualifiziert“ seien. Die Herabstufung und fehlende Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen formalen Fähigkeiten und Qualifikationen stellt für Frauen ein häufiges Problem dar. Die meisten Migrantinnen arbeiten in Bereichen, in denen sie weder ihre Ausbildung noch Kenntnisse einbringen können. Das so genannte „Deskilling“ oder „Brain Waste“ ist ein ernsthafter Grund zur Besorgnis, nicht nur für die einzelne Migrantin, sondern auch für die Gesellschaft, in der sie arbeitet. Die Tatsache, dass Migrantinnen die Nachfrage nach billigen und flexiblen Arbeitskräften befriedigen, ist keine zufällige oder

unbeabsichtigte Begleiterscheinung von Migration, sondern vielmehr Ergebnis der geschlechterspezifischen Konstruktion der Arbeitsmärkte.



Ein Teil der Studie beschäftigt sich insbesondere mit der EU, da die Migration von Frauen in die EU schon immer eine Rolle gespielt hat. Ähnlich der Entwicklungen in anderen Regionen der Welt hat die Restrukturierung der europäischen Märkte zur Informalisierung, Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeit und damit zur wachsenden Jobunsicherheit und zu Lohndruck geführt. Die Autorinnen des Berichts heben den Beitrag von Migrantinnen zum Wohlstand und zur Aufrechterhaltung der Wohlfahrt und des Beschäftigungssystems hervor. Beispiele von Migrantinnen, die in Europa im häuslichen oder Betreuungs- und Pflegebereich arbeiten, verdeutlichen, welche Rolle Migration bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung spielt. Dabei wird hervorgehoben, dass Migrantinnen zur Nachhaltigkeit des derzeitigen Wirtschaftssystems und zur sozialen Reproduktion in der Region beitragen. Diese Rolle wird oft nicht anerkannt. Im Gegenteil: Migrantinnen sind meist nur unzureichend durch Arbeitsrechte in den Empfängerländern geschützt. Sie müssen unter widrigen Bedingungen arbeiten und stehen aufgrund der Überschneidung von Gender, Klasse, Alter, Ethnizität und Nationalität vor vielen verschiedenen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt. Besonders im Bereich der häuslichen Arbeit, wo viele Migrantinnen illegal oder ohne

entsprechenden Arbeitsvertrag arbeiten, werden die Arbeiterinnen oft gnadenlos ausgebeutet. Es gibt umfangreiche Belege für Misshandlungen, lange Arbeitszeiten, niedrige Löhne und fehlenden Rechtsschutz.

Der Studie zufolge ist der Migrationsdiskurs in Europa sehr doppeldeutig. Aus einer Kombination von wirtschaftlichen Interessen und Sicherheitsbedürfnissen resultiert eine sehr restriktive Einwanderungspolitik. Während einerseits die (vorübergehend) geregelte Migration hoch qualifizierter Arbeitskräfte propagiert wird, sind viele MigrantInnen im Niedriglohnssektor, die damit die steigende Nachfrage nach billigen und flexiblen Arbeitskräften befriedigen, häufig Mehrfachdiskriminierungen ausgesetzt.

Ihr Bleiberechtstatus bleibt dabei meist ungeklärt; das hat zur Folge, dass man ihnen die Existenzsicherung systematisch verwehrt und de facto ihre Grundrechte verletzt: Sie haben keinen Zugang zu den wichtigsten Dienstleistungen, z. B. im Gesundheits- und Bildungsbereich, ihnen werden keine Arbeitsrechte oder sozialer Schutz gewährt und im schlimmsten Fall ist auch ihre körperliche Unversehrtheit bedroht.

Die Autorinnen des Berichts legen zudem besonderes Augenmerk auf die Tatsache, dass Verpflichtungen der internationalen Gemeinschaft und der EU zum Schutz von Menschen-, Frauen- und Arbeitsrechten einerseits und ihre Einwanderungspolitik andererseits Widersprüche aufweisen und nicht ausreichend miteinander verknüpft

sind. Bisher haben es die Regierungen und die internationale Gemeinschaft nicht geschafft, ein Umfeld für Migrantinnen zu schaffen, in dem sie ihre wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Rechte voll wahrnehmen können, ihre körperliche Unversehrtheit geschützt bleibt und ihre Erwartungen und Hoffnungen erfüllt werden. Um Menschen- und Arbeitsrechte von Migrantinnen garantieren zu können, müssen die für Arbeitsmigrantinnen geltenden rechtlichen und normativen Rahmenbedingungen gestärkt, effektiver umgesetzt und in nicht-diskriminierender Weise angewandt werden. Internationale Standards zum Schutz von Menschen- und Arbeitsrechten von Migrantinnen spielen bei der Herstellung von Gleichberechtigung und gesellschaftlicher Kohäsion eine wichtige Rolle; zugleich ist es aber von größter Bedeutung die Umverteilung von Macht und Ressourcen sowie der strukturellen Ungleichheiten zwischen Ländern, zwischen Männern und Frauen und unter Frauen anzugehen.

Aus der Studie geht hervor, dass Migration ein komplexer und nicht zuletzt oft widersprüchlicher Prozess ist. Trotz der Diskriminierungen, immensen Herausforderungen und widrigen Bedingungen, mit denen Migrantinnen konfrontiert sind, konnten und können viele Frauen durch Migration ihre Situation verbessern und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbstbestimmung erlangen. Die aus Migrationsprozessen gewonnenen Erfahrungen können helfen, bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in Frage zu stellen, wie zugeschriebene Geschlechterrollen



und Stereotypen, und so zu einem positiven gesellschaftlichen Wandel beitragen. Hierbei spielt die Bildung von Netzwerken und die Selbstorganisation eine wichtige Rolle.

Empfehlungen

Auf Grundlage der im Bericht „Arbeitsmigration von Frauen im Kontext der Globalisierung“ herausgearbeiteten Untersuchungsergebnisse hat WIDE einige Empfehlungen zur Erreichung von kurzfristigen Zielen erarbeitet, die den normativen und rechtlichen

Rahmen zum Schutz der Menschen- und Arbeitsrechte von Migrantinnen sichern sollen. Die Empfehlungen sollen dabei helfen, diesen rechtlichen Rahmen in nicht-diskriminierender Weise und damit effektiver umzusetzen und die Rechte und Stellung von Arbeitsmigrantinnen zu stärken. Der Schutz und das

Empowerment von Frauen müssen verbessert und eine weitere Ausbeutung von Arbeitsmigrantinnen verhindert werden. Das setzt voraus, legale, sichere und menschenrechtsorientierte Migration zu ermöglichen anstatt sie einzuschränken und MigrantInnen zu kriminalisieren. WIDE stellt zudem verschiedene langfristige Empfehlungen vor, die auf eine strukturelle Veränderung des derzeit nicht nachhaltigen und sozialunverträglichen Modells wirtschaftlicher Entwicklung abzielen. Diese Kombination kurz- und langfristiger Zielsetzungen weist auf die multidimensionalen Strategien hin, die umgesetzt werden müssen. Neben der Realisierung von Hilfsangeboten vor Ort und der effektiven Umsetzung von Gesetzen und Richtlinien müssen

wir in die derzeit nicht nachhaltige und sozialunverträgliche Wirtschafts-, Sozial- und Entwicklungspolitik eingreifen und auf deren Neuorientierung hinarbeiten. Handels- und Investitionsregeln und die dazugehörige Migrationspolitik dürfen nicht länger an wirtschaftlichen Interessen ausgerichtet werden. Menschen- und Frauenrechte, globale soziale Rechte und Geschlechtergerechtigkeit müssen im Vordergrund stehen. Mit anderen Worten: Solidaritätsaktivitäten müssen Maßnahmen einbeziehen, die den Schutz von Migrantinnen verbessern und Ausbeutung und Misshandlung verhindern. Doch gleichzeitig ist die Erarbeitung von Strategien zur Realisierung einer nachhaltigen Politik wichtig. Entsprechend muss die Möglichkeit gefördert werden, individuelle Rechte einzufordern, während der Kampf für eine strukturelle Veränderung ebenso Teil der Agenda sein muss. Dabei gilt es eine duale Perspektive einzunehmen, die es ermöglicht, Rechte und Lebensgrundlagen sowohl im Entsende- als auch im Empfängerland zu betrachten.

1. Die aktuelle neoliberale Politik, die Lebensgrundlagen von Menschen zerstört und Armut verschärft, anprangern, Widerstand leisten und Alternativen bedenken und fördern

Wie aus der Studie hervorgeht, ist die Auswirkung der Globalisierung auf die Arbeitsmigration von Frauen komplex und unterscheidet sich deutlich von Ort zu Ort. Das verstärkte Interesse der EU, ausländischen Märkte für europäische TNU und Exporte zu öffnen



und das Bestreben, sich den Zugang zu natürlichen Ressourcen und niedrigen Produktionskosten, einschließlich billiger Arbeitskräfte, zu sichern, stellt für viele Frauen, vor allem für die Ärmsten, eine ernste Gefährdung ihrer Lebensgrundlagen, Arbeitsbedingungen und Sicherheit dar. Das Scheitern der derzeitigen Entwicklungs- und neo-liberalen Wirtschaftspolitik, welche die Interessen des globalen Kapitals vor Armutsbekämpfung, menschenwürdige Arbeit, fairen Löhnen, Geschlechtergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit stellt, bringt weit reichende Folgen mit sich. So müssen weltweit Frauen migrieren um ihren Lebensunterhalt in einem anderen Land sichern.

Die überwältigenden Beweise dafür, dass die uneingeschränkte Handelsliberalisierung und Marktöffnung – vorangetrieben durch die derzeitige EU-Handelspolitik – keinesfalls den Wohlstand für alle Menschen gefördert haben, zwingen uns dazu, die aktuelle neoliberale Politik anzuprangern und Widerstand zu leisten.

Demgegenüber müssen wir ein alternatives Modell internationaler Handels- und Investitionsregeln stellen. Dieses neue Modell muss Wirtschafts- mit Sozialpolitik verknüpfen und die Bedürfnisse, Rechte und Lebensgrundlagen der Menschen, wie das Empowerment von Frauen und soziale Gerechtigkeit, in den Mittelpunkt rücken. Dieses Modell muss eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Macht fördern und den Aspekt der sozialen Reproduktion innerhalb der Wirtschaft eine zentrale Rolle zuweisen.

2. Würdige Arbeitsbedingungen für Migrantinnen gewährleisten, einen existenzsichernden Mindestlohn in der Gesetzgebung festschreiben und Zugang zu Systemen der sozialen Sicherheit garantieren

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es vor allem Frauen und MigrantInnen sind, die unsichere und informelle Arbeit zu niedrigen Löhnen leisten, müssen die Regierungen und die internationale Gemeinschaft würdige Arbeitsbedingungen für Migrantinnen gewährleisten, ihren Schutz in der Arbeitsgesetzgebung verankern und ihnen Zugang zu den Systemen der sozialen Sicherheit garantieren. Die besonderen Schwierigkeiten der Arbeitsmigrantinnen müssen bei der Formulierung von Arbeitsrechten und sozialen Standards auf nationaler, regionaler und globaler Ebene einbezogen werden. Die Staaten müssen sicherstellen, dass Gesetze und Arbeitsrichtlinien Migrantinnen die gleichen Rechte und den gleichen Schutz garantieren, die auch alle anderen ArbeiterInnen im betreffenden Land genießen, wie zum Beispiel das Recht auf Organisations- und Versammlungsfreiheit. Dazu gehört, dass Arbeitsverträge für Migrantinnen rechtliche Gültigkeit besitzen müssen, wobei besonderes Augenmerk auf die Schaffung und Umsetzung von Arbeitsrechten in von Migrantinnen dominierten Berufen, wie die häusliche Arbeit, gelegt werden muss.

Wir müssen uns bewusst machen, dass der Verletzung von Arbeitsrechten und der ausbeuterischen Politik und Praxis kein Ende gesetzt wird, selbst wenn



Freihandelsabkommen oder in der Handelspolitik auf die wichtigsten Arbeitsstandards verwiesen wird. Die TNU müssen bei Ausbeutung und Misshandlung von Arbeitsmigrantinnen zur Rechenschaft gezogen werden – sowohl in formellen als auch informellen Arbeitsbeziehungen. Gleichzeitig muss der übermäßige Einfluss der TNU auf die Wirtschafts-, Handels- und Arbeitspolitik in den Herkunfts- und auch in den Empfängerländern gedämpft werden, so dass diese Politiken auch die Interessen der gesamten Bevölkerung und nicht nur verengte wirtschaftliche Interessen der großen Unternehmen bedienen.

Um MigrantInnen nicht weiter als „Ware“ zu behandeln, muss das Thema Arbeitsmigration von multilateralen Handelsvereinbarungen wie dem „Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“ (GATS) der WTO sowie von bilateralen Freihandelsabkommen ausgeschlossen werden. Diese Abkommen bedienen hauptsächlich die Interessen der Unternehmen und zielen auf eine zeitlich beschränkte Liberalisierung von hoch qualifizierten Arbeitskräften ab. Arbeitsmigration wird in diesen

Vereinbarungen von einem rein wirtschaftlichen Standpunkt heraus betrachtet; andere Aspekte des Migrationsprozesses sowie die Bedingungen, unter denen MigrantInnen arbeiten und leben, werden ausgeschlossen. Darüber hinaus könnten sie eine neue Dimension des Wettstreits zwischen den unterschiedlichen geografischen Standorten auslösen: Löhne und Arbeitsrechte würden im direkten Wettbewerb stehen und wären Anlass eine Abwärtsspirale in Bezug auf Löhne und soziale Standards in Gang zu setzen.

3. Die Anerkennung des wichtigen Beitrages von bezahlter und unbezahlter Frauenarbeit zur Ökonomie, auch im Kontext der Migration, sicherstellen

Neben der ausdrücklichen Anerkennung des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Beitrags der Frauen zur Gesellschaft im Allgemeinen, wird in der Studie der Fokus auf den Beitrag von Migrantinnen zum Wohlstand und zur Sicherung von Sozial- und Beschäftigungssystemen in den Empfängerländern gelegt. Hier spielen die Haus – und Versorgungswirtschaft, insbesondere im Betreuungs- und Pflegebereich eine wichtige Rolle. Sie sollten als Kernstück menschlichen Lebens und der sozialen Reproduktion der Gesellschaft verstanden werden. Der wirtschaftliche Wert der Versorgungswirtschaft und das Ausmaß, in dem dieser zum Wirtschaftswachstum beiträgt, müssen von den Regierungen und anderen Stakeholdern anerkannt

werden. Die soziale Organisation der Versorgung ist von Land zu Land und selbst innerhalb eines Landes unterschiedlich. Wie die Studie veranschaulicht, findet eine große Zahl der Migrantinnen im Gesundheits- und Versorgungsbereich eine Anstellung.

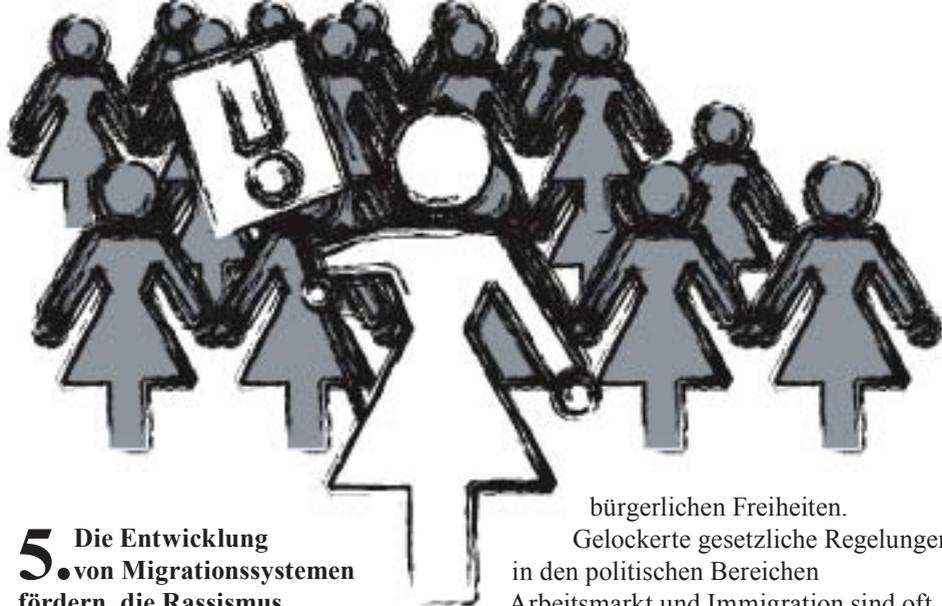
Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Konzeptualisierung und der Organisation der Versorgungswirtschaft im EU-Kontext, dem steigenden Anteil von Frauen an der Erwerbsbevölkerung und der Versorgungsarbeit von Migrantinnen. Die Regierungen müssen unter Berücksichtigung dieser Trends sicherstellen, dass informelle Versorgungsarbeit von Frauen durch Arbeitsrecht geschützt wird, einem existenzsichernden Mindestlohn sowie sozialem Schutz unterliegt und diese Tätigkeit als wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Sozialsystems anerkennen.

Bei jeder Evaluation der Arbeitsmarkt-anforderungen muss die Versorgungswirtschaft mit einbezogen und als zentraler Teil der internationalen politischen Ökonomie (globale Betreuungskette) verstanden werden. Gleichzeitig müssen ungleiche Machtverhältnisse und die Aufteilung der Haus- und Versorgungsarbeit im Kontext der internationalen Teilung reproduktiver Arbeit verstanden werden. Neben Gender-Ungleichheiten spielen auch Unterschiede aufgrund von Klasse, Ethnizität, Alter usw. eine wichtige Rolle.

4. Transnationale Staatsbürgerschaft und globale soziale Rechte fördern: Staatsbürgerschaft, Rechte und Ansprüche dekonstruieren, die aufgrund von Wohnorten, Nationalitäten, Herkunft, Ethnizität, Klasse, Kasten und Geschlechtern bestehen

Dieser Punkt betrifft auch Menschen, die innerhalb eines Landes migrieren, da viele Staatsbürgerschaftsrechte an den Wohnort gekoppelt sind und ein Nachweis über den Wohnsitz erbracht werden muss. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die politischen Rechte (wie z. B. das Wahlrecht), sondern auch auf sozioökonomische Rechte, wie den Zugang zu wichtigen öffentlichen Dienstleistungen, z. B. in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Bildung. Kurzzeit-MigrantInnen, WanderarbeiterInnen werden genauso wie GrenzgängerInnen, die nicht lang genug an einem Ort wohnen, selbst innerhalb der Landesgrenzen ausgeschlossen. Für Migrantinnen, die verstärkt von öffentlichen Dienstleistungen abhängig sind, wie zum Beispiel von reproduktiven Gesundheitsdiensten, sind diese Probleme besonders dringend.

Für die Gewährleistung universeller Rechte und transnationaler Staatsbürgerschaft sind internationale Regelungen und Gesetze unumgänglich. Rechte und Befugnisse müssen für MigrantInnen auf der ganzen Welt gelten und dürfen nicht an bestimmte Orte, Nationalitäten, Herkunft, Ethnien, Klassen, Kasten oder Geschlechter gekoppelt sein.



5. Die Entwicklung von Migrationssystemen fördern, die Rassismus, Sexismus und Ausbeutung keinen Raum lassen und in denen Menschenrechte, soziale und Geschlechtergerechtigkeit und Menschenwürde respektiert werden

Die aktuelle Migrationspolitik der EU legt ihren Fokus hauptsächlich auf die Verhinderung und Kontrolle der Migration. Sie ist bestimmt von einer Kombination aus wirtschaftlichen Interessen und Sicherheitsbedürfnissen. Die europäischen Regierungen begegnen dem Thema Immigration weiterhin mit großer Ambivalenz. In fast allen EU-Mitgliedstaaten sind Arbeit, irreguläre Immigration, Asyl und Integration zu politisch umstrittenen Themen geworden. Die populistische Mobilisierung zum Thema Immigration hat selbst progressive Regierungen unter Druck gesetzt, eine restriktive Immigrationspolitik zu verfolgen. Von vielen Staaten werden Menschenrechte genauso missachtet wie die in ihrer Gesetzgebung verankerten

bürgerlichen Freiheiten. Gelockerte gesetzliche Regelungen in den politischen Bereichen Arbeitsmarkt und Immigration sind oft das Ergebnis. Darüber hinaus wird es durch die populistische Mobilisierung, die MigrantInnen oft als Sündenbock vorschiebt, immer schwieriger, die tatsächlich relevanten politischen Themen und strukturellen Probleme anzugehen.

Äußerste Priorität ist daher, mehr Druck auf Staaten auszuüben, damit sie ihre Bevölkerung vor Menschenhandel, Sklaverei und Gewalt gegen Frauen schützen. Personen oder Unternehmen, die den unsicheren Status illegalisierter Migrantinnen ausnutzen, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Die Regierungen müssen dafür sorgen, dass Migration entkriminalisiert wird und Bedingungen angegangen werden, die irreguläre Einwanderung fördern. Zusätzlich müssen weitere Möglichkeiten für eine reguläre Einwanderung (einschließlich der Anerkennung illegalisierter ArbeiterInnen) ermöglicht werden.

6. In aktuellen Migrationssystemen vorherrschende Geschlechterdiskriminierung sichtbar machen und anprangern

Viele Migrantinnen sind aufgrund des fehlenden rechtlichen Status von ihren Ehemännern, den ArbeitgeberInnen oder dem Staat abhängig. Das rückt sie in eine benachteiligte Position sozialer Verwundbarkeit, verwehrt ihnen die Ausübung ihrer Grundrechte und verschlimmert ihre sozioökonomische Ausgrenzung. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um Frauen die rechtliche Anerkennung ihres unabhängigen Status zu garantieren, damit sie z. B. frei von familiären oder wirtschaftlich bedingten Abhängigkeiten sind. Nur so wird ihnen der nötige Respekt entgegengebracht und die Umsetzung ihrer Grundrechte garantiert. Gleichzeitig darf das Thema Geschlechterdiskriminierung nicht im Zusammenhang mit rechtlichen Aspekten von Immigration und Familienzusammenführungsprogrammen behandelt werden. Verbote und diskriminierende Restriktionen bei der Immigration von Frauen müssen abgeschafft werden. Dazu gehören Visumsregeln, die eine Anstellung von Arbeitsmigrantinnen in bestimmten männerdominierten Berufen verhindern, die frauendominierte Berufe vom Erhalt eines Visums ausschließen, die es Arbeitsmigrantinnen verbieten, Einheimische oder Personen mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis zu heiraten, oder die ihnen eine Schwangerschaft oder freie Wohnsitzwahl verwehren. Ebenso wenig dürfen Arbeitsmigrantinnen im Rahmen

von Familienzusammenführungsprogrammen direkt oder indirekt aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert werden.

7. Die internationale Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen fördern, die in den Entsendeländern erworben wurden, und das De-skilling von Migrantinnen infrage stellen

Es ist äußerst wichtig, dass Migrantinnen die Chance haben, ihr berufliches Potential zu nutzen, ihre Menschenrechte wahrzunehmen und ihre ursprünglich gesetzten Ziele im Herkunftsland zu erreichen. Demzufolge sollen sie aus freiem Willen und nicht aus Not oder Zwang heraus migrieren. Frauen sollten als Migrantinnen in den globalen Arbeitsmarkt sicher und legal eintreten können. Ihre Fähigkeiten, Qualifikationen, Talente und Rechte müssen anerkannt und von den Staaten und Gesellschaften der Empfängerländer geschätzt werden.

In diesem Kontext ist es gleichermaßen wichtig, die allgemein verbreitete Auffassung zu widerlegen, Migrantinnen seien „unqualifiziert“. Daher müssen umgehend transparente Verfahren für die Anerkennung von Abschlüssen/Diplomen und/oder beruflichen Qualifikationen, die Frauen aus ihren Heimatländern mitbringen, umgesetzt werden. Sie müssen die Möglichkeit haben, eine Berufsausbildung und freie Sprachkurse zu absolvieren. Zudem sollten ausreichend Informationen über den Zugang zu allen öffentlichen

Dienstleistungen, besonders im Gesundheitsbereich, sowie, bei Bedarf, zu rechtlicher und staatlicher Unterstützung verfügbar sein.

8. Die volle Ausübung aller Rechte von Migrantinnen in den Empfängerländern garantieren

Das beinhaltet die Abschaffung von Gesetzen und Bestimmungen, die es Migrantinnen verwehren, sich vor Gericht oder in anderen Rechtsbehelfsverfahren Hilfe zu suchen. Aufgrund solcher Gesetze müssen Frauen bisher befürchten, dass man ihnen die Arbeitserlaubnis entzieht, nachdem sie Fälle von Ausbeutung oder Misshandlung zur Anzeige gebracht haben noch während das Ermittlungsverfahren im Gange ist. Diese Maßnahme hat wiederum Einkommensverluste und eine mögliche Abschiebung durch die Einwanderungsbehörden zur Folge. Kostenlose Rechtshilfe muss gewährleistet sein, so dass auch arme MigrantInnen Zugang zu Rechtsbeistand haben.

9. Migration weiter ins öffentliche Bewusstsein rücken

Medien und andere Kanäle zur Informationsverbreitung spielen eine bedeutende Rolle, wenn es darum geht, das Thema Migration weiter ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Dazu gehört: Den Beitrag, den Migrantinnen zur Wirtschaft leisten, und ihre Verletzlichkeit in Bezug auf Ausbeutung und Diskriminierung aufzeigen.

Das beinhaltet, in der Öffentlichkeit verbreitete Stereotype und Diskurse zu Migration und Migrantinnen aufzudecken: Bilder unqualifizierter und verzweifelter Migrantinnen, die hauptsächlich in der Haus- und Versorgungsökonomie arbeiten, müssen infrage gestellt werden und mit dem Bild qualifizierter, emanzipierter, auf dem Arbeitsmarkt und in der Gemeinschaft entscheidungsfähig auftretender Akteurinnen widerlegt werden. Der Opferzuschreibung von MigrantInnen, insbesondere von Frauen, muss das Bild von aktiven, selbstbewussten Kämpferinnen und Akteurinnen im Migrationsprozess entgegengestellt werden. Diskurse, in denen Menschen auf eine Ware, wirtschaftliche Faktoren und Geldüberweisungen reduziert werden, müssen an den Pranger gestellt werden. Fremdenfeindliche Diskurse, die zur Diskriminierung und Kriminalisierung von MigrantInnen beitragen, müssen sichtbar gemacht und beendet werden. ArbeitsmigrantInnen dürfen nicht zu Sündenböcken für unpopuläre wirtschaftliche und soziale Reformen gemacht werden. Aus einer intersektionellen Perspektive heraus müssen wir jegliche Kategorisierung und Hierarchisierung von MigrantInnen beleuchten und dagegen Widerstand leisten. Gleichzeitig müssen wir die Bereitschaft mitbringen, die tatsächlichen Themen, Befürchtungen und Ängste anzugehen, die zum wachsenden Ausschluss und zur Bildung einer populistischen, gegen Migration gerichteten politischen Bewegung geführt haben.

10. Solidarität und die Bildung von Organisationen, Netzwerken und Bewegungen fördern

In den vergangenen Jahren haben sich MigrantInnen in Europa zunehmend vernetzt. Basis- und Nichtregierungsorganisationen leisten einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der Rechte von Arbeitsmigrantinnen. Alte und neue Netzwerke sind aktiv und verfolgen die wichtige Strategie, Brücken zwischen MigrantInnen und der Bevölkerung, FeministInnen und anderen sozialen Organisationen/ Bewegungen sowie Gewerkschaften zu bauen.

Das Erkennen von Gemeinsamkeiten, der Aufbau gemeinsamer Agenden und gemeinsamer Kampagnen kann bei der Zusammenführung der unterschiedlichen Kämpfe helfen.

Gewerkschaften spielen eine wichtige Rolle bei der Vertretung und Förderung der Rechte von Arbeitsmigrantinnen und bei der Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Sexismus am Arbeitsplatz. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Gründung des Europäischen Verbands der Wanderarbeiter (EVW).

Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen AkteurInnen muss jedoch weiter gestärkt und entwickelt werden. Wie der Bericht verdeutlicht, ist z. B. die Haushaltsarbeit ein spezifischer Bereich, in dem vordringlich und gemeinsam an Verbesserungen gearbeitet werden muss.



Nicht zuletzt ist auch die Finanzierung der Aktivitäten von Frauen- bzw. Migrantinnenorganisationen entscheidend für die Förderung von politischen Aktivitäten von Migrantinnen im Allgemeinen.

WIDE-Netzwerk Women in Development Europe

WIDE ist ein europäisches feministisches Netzwerk von Frauen- und Entwicklungsorganisationen, Genderspezialistinnen sowie Frauenrechtsaktivistinnen.

WIDE analysiert und beeinflusst internationale Wirtschafts- und Entwicklungspolitik und Praxis aus einer feministischen Perspektive.

WIDE beruft sich auf die Frauen und Menschenrechte als Basis für die Entwicklung einer gerechteren und demokratischeren Weltordnung.

WIDE ermöglicht es Mitgliedern und Partnerinnen Alternativen zu den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu formulieren und macht feministische Alternativen zum ökonomischen Mainstream sichtbar. Durch die Verbreitung von Forschung und Analyse fördert WIDE Geschlechterdemokratie und soziale Gerechtigkeit.

Frauen – sichtbar machen, stärken, ermächtigen

Das Wissen um die Lebensrealitäten in den Ländern des Südens ist kontinuierlich gestiegen, aber in der breiten Öffentlichkeit sind Frauenrealitäten noch immer wenig sichtbar. Dabei ist anerkannt, dass die Mehrheit der VerliererInnen im Globalisierungsprozess Frauen sind. Gefordert ist daher neben des Sichtbarmachens und einer gezielten Politik der Ermächtigung – Empowerment – von Frauen für Frauen ein Wandel der nicht-nachhaltigen und geschlechterblinden Wirtschafts- und Entwicklungsstrukturen.

Ein Leben in körperlicher Unversehrtheit, sozialer Anerkennung und ökonomischer Sicherheit ist ein weltweites Menschenrecht. In der Stärkung von Frauen liegt ein bedeutender Schritt zu einer demokratischen Gesellschaft, die sich den Menschenrechten verpflichtet fühlt.

WIDE fördert die Schließung von strategischen Bündnissen zwischen Frauenorganisationen im Norden und im globalen Süden. Wir bemühen uns darum, die Kapazitäten von Frauen zu fördern, aktiv in Entscheidungsprozesse einzugreifen und alternative Wirtschafts- und Entwicklungspraktiken zu initiieren.

Dafür engagiert sich WIDE.

Wenn ihr mehr über die Arbeit von WIDE erfahren möchtet oder an einer Mitgliedschaft interessiert seid, wendet euch an:

info@wide-network.org bzw. **www.wide-network.org** in Brüssel oder
office@wide-netzwerk.at bzw. **www.oneworld.at/wide** in Österreich

moveGLOBAL

moveGLOBAL ist ein Beratungsangebot von Migrant/innen für migrantische Organisationen und Akteure der Diaspora im entwicklungspolitischen Bereich.

Der Name steht für einen selbstbewussten, partizipativen und aktiven entwicklungspolitischen Beratungsansatz:

mmigrant/innen
oorientieren
vernetzen
empowern

Die Ziele von moveGLOBAL

- moveGLOBAL will die entwicklungspolitisch arbeitendenmigrantisch-diasporischen Organisationen (MDO) effektiv vernetzen und qualifizieren.
- moveGLOBAL trägt dazu bei, dass längerfristige Förderung die MDO als entwicklungspolitische Akteure in der Gesellschaft etabliert.
- moveGLOBAL macht Migrant/innen als entwicklungspolitische Akteur/innen sichtbar und ermutigt sie, sich gleichberechtigt in der öffentlichen Debatte zu positionieren.
- moveGLOBAL strebt an, dass entwicklungspolitische Räume von einem antikolonialen, antirassistischen, emanzipatorischen Dialog geprägt werden.

moveGLOBAL ist ein Projekt des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags (BER). Der BER ist der Landesverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen in Berlin. Der BER hat rund 80 Mitgliedsgruppen, darunter auch migrantische. Nach innen vernetzt er sie, nach außen vertritt er ihre gemeinsamen Interessen, vor allem gegenüber der Berliner Landespolitik und -verwaltung. **www.ber-ev.de**

Wenn ihr mehr über die Arbeit von moveGLOBAL erfahren möchtet, wendet euch an:

Lucía Muriel (Projektleiterin) und Elizabeth Beloe unter
mdo-beratung@ber-ev.de oder **<http://ber-ev.de/?PortalMOVEglobal>**

Decent Work for ALL! Frauen in der globalen Arbeitswelt

Überwiegend Frauen sind trotz Arbeit arm und von sozialen Leistungen ausgeschlossen. National wie international geltendes Arbeitsrecht wird zunehmend ignoriert, gebrochen oder über wirtschaftliche Vereinbarungen außer Kraft gesetzt. Lohndumping und der Zwang der Handelsliberalisierung machen Millionen Frauen zu Billigarbeiterinnen – ob in der Pflegearbeit, in der Akkordarbeit der Exportindustrie oder als illegalisierte Migrantinnen in Abhängigkeit zu den ArbeitgeberInnen.

In dieser informellen Wirtschaft sind bereits zwei Drittel der Frauen im globalen Süden beschäftigt. Um nachhaltige und existenzsichernde Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen, müssen formale Arbeitsrechte, wie das Recht sich gewerkschaftlich zu organisieren, umgesetzt werden.

Darüber hinaus muss die wirtschaftliche Leistung, die Frauen täglich in der Pflege- und Fürsorgearbeit leisten, anerkannt werden. Eine Neubewertung der weltweit von Frauen geleisteten Arbeit ist notwendig, um Ressourcen und Möglichkeiten bereit zu stellen und diese gerecht umzuverteilen.

Die *Frauensolidarität* setzt sich mit ihrer Kampagne für die Rechte und Sichtbarmachung dieser höchst verwundbaren und unsichtbaren Gruppe der „working poor“ ein. Sie kämpft für eine geschlechtergerechte globale Arbeitswelt.

In ihrer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit informiert die *Frauensolidarität* über die globalen Arbeitsbedingungen von Frauen und bringt die Forderungen der ExpertInnen aus dem globalen Süden bei PolitikerInnen und Wirtschaftstreibenden in Österreich und der EU ein.

Wenn ihr mehr erfahren möchtet, wendet euch an: Kathrin Pelzer oder Petra Steiner unter kampagne@frauensolidaritaet.org oder www.frauensolidaritaet.org

Zeitschrift und Radio

Seit 1982 berichtet die *Frauensolidarität* in ihrer Zeitschrift über Frauenbewegungen im Süden. Mit Informationen und Kontakten konnte sie die Grundsteine legen für spätere internationale Kampagnen und Netzwerke zugunsten von Arbeiterinnen-, Menschen- und Frauenrechten.

Seit 2005 betreut die *Frauensolidarität* – in Kooperation mit *ORANGE 94.0 – das freie Radio in Wien* – auch die wöchentliche Sendereihe *Globale Dialoge*, wo es, ebenso wie in der vierteljährlichen Zeitschrift, in Analysen, Berichten, Kommentaren und Interviews um globale Machtverhältnisse, um Geschlechterverhältnisse, um Arbeitskämpfe, um Kulturschaffen und um Visionen aus feministischer, entwicklungspolitischer Sicht geht.

Wenn ihr mehr erfahren möchtet, wendet euch an: Helga Neumayer unter redaktion@frauensolidaritaet.org oder www.frauensolidaritaet.org



Bibliothek und Dokumentationsstelle

In der 1994 errichteten Bibliothek und Dokumentationsstelle bietet die *Frauensolidarität* wissenschaftliche Literatur, Graue Literatur und Belletristik zu Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie zum Nord-Süd-Ost-Verhältnis aus feministischer Sicht. Zentral ist die Zeitschriftensammlung mit Zeitschriften und Informationsblättern von internationalen Frauenorganisationen und -netzwerken sowie von Fraueninitiativen aus dem Süden.

Wenn ihr mehr über die im C3-Centrum für Internationale Entwicklung untergebrachte Bibliothek erfahren möchtet, wendet euch an: Lydia Jammernegg oder Rosa Zechner unter bibliothek@frauensolidaritaet.org oder www.frauensolidaritaet.org



wed



FIGHTING GLOBAL POVERTY



in Kooperation mit



W I D E 

FRAUEN  **SOLIDARITÄT**